

Nachrichten für Naunhof und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Beucha, Borsdorf, Eicha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteenberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Staudnitz, Threna usw.) Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.

Erscheint wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Monatlich Mk. 3.—, halbjährlich Mk. 2.— durch die Post bezogenen einfach, der Postgebühren Mk. 0,75. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Vertriebes, hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die halbgepolsterte Korpuszelle 60 Pf., auswärts 75 Pf. Amtlicher Teil Mk. 1,20. Anklamazette Mk. 1,20. Beilagegebuhr pro Hundert Mk. 2.— Annahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erledigungstages, spätestens noch früher. — Alle Anzeigen-Vermittlungen nehmen Aufträge entgegen. — Bestellungen werden von den Ausdrägern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Berenz: Amt Naunhof Nr. 2

Druck und Verlag: Glücks & Eule, Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 15

Freitag, den 4. Februar 1921

32. Jahrgang

Amtliches.

Jagdpachtsteuerordnung für den Bezirk der Amtshauptmannschaft Grimma.

S. 1.

Im Bezirke der Amtshauptmannschaft Grimma — einfach, der Kreis, Süßde Wurzen, Grimma und Goldbach — ist von allen lautenden und in Zukunft abzuschließenden Jagdpachtverträgen eine Steuer zu entrichten.

S. 2.

I. Steuerpflichtig ist wem innerhalb des Bezirksverbandes — einfach, der Kreis, Süßde Wurzen, Grimma und Goldbach — auf Grund eines Jagdpachtvertrages das Jagdausübungsberechtigt ist.

II. Neben dem Steuerpflichtigen haftet der Verpächter als Gesamthaftsteller.

S. 3.

Die Steuer wird für das Jagd Jahr berechnet. Als Jagd Jahr gilt die Zeit vom 1. September bis 31. August des folgenden Jahres.

S. 4.

I. Die Jagdpachtsteuer beträgt 10 v. H. der Jagdpachtsumme und aller vertragsmäßigen und freiwilligen Nebeneinflussungen, die der Pächter dem Verpächter, der Jagdpachtgenossenschaft, der Gemeinde oder sonst im Zusammenhang mit der Erzielung der Jagd leistet oder zu leisten verpflichtet ist, soweit der Gesamtwert von Jagdpacht- und Nebeneinflussungen nicht 4 Mk. je Hektar der jagdbaren Fläche übersteigt.

II. Übersteigende Jagdpachtsumme und Nebeneinflussungen 4 Mk. für den Hektar, so erhöht sich für jede angefangene 2 Mk. die Steuer um 5 v. H.

S. 5.

I. Die Steuer ist am 1. Oktober jeden Jahres fällig.

II. Wird die Pachtsumme innerhalb eines Jagdjahres erhöht, so ist die Steuer vom Zeitpunkt der Erhöhung ab von der höheren Pachtsumme zu entrichten.

III. Werdet innerhalb eines Jagdjahres die Person des Steuerpflichtigen, so wird die vom bisherigen Steuerpflichtigen bezahlte Steuer auf die vom neuen Steuerpflichtigen zu entrichtende Steuer entsprechend angehoben.

S. 6.

Die Jagdpächter und Verpächter sind verpflichtet, jederzeit dem Bezirksverbande Auskunft über alle das Jagdpachtverhältnis betreffenden Vereinbarungen und Leistungen zu geben.

S. 7.

I. Die Jagdpächter erhalten am Anfang jedes Jagdjahres auf Grund des Pachtvertrages einen vorläufigen Steuerbescheid zugestellt.

II. Der endgültige Steuerbescheid ergibt nach Ablauf des Jagdjahrs auf Grund einer vom Pächter abzugebenden Erklärung über die tatsächlich bewirkten Leistungen auf Grund des Jagdpachtvertrages.

III. Gegen diesen Steuerbescheid steht dem Steuerpflichtigen das Recht des Einspruches nach § 66 des Gemeindesteuergesetzes zu. Dieser ist bei der Amtshauptmannschaft einzulegen. Über den Einspruch entscheidet die Amtshauptmannschaft mit dem Bezirksausschüsse.

S. 8.

Die Vorschriften über die Rechtsmittel in §§ 65–71 und die Strafvorschriften der §§ 77–82 des Gemeindesteuergesetzes vom 11. Juli 1913 in der Fassung des Vollzugsgesetzes zum Landesteuersteuergesetz vom 12. August 1920 finden entsprechende Anwendung.

S. 9.

Diese Steuerordnung tritt mit Wirkung vom 1. September 1920 ein in Kraft.

Grimma, 18. November 1920.

Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft.

I. 80.

Mit Zustimmung des Kreisausschusses
genehmigt.

Leipzig, am 12. Januar 1921.

Die Kreishauptmannschaft.
(Sptl.) (gez.) Lange.

In der gestrigen 1. diesjährigen Schulvorstandssitzung ist folgendes beraten und beschlossen worden.

1. Von der durch den Stadtgemeinderat erfolgten Wahl des Herrn Arthur Quaas als Schulvorstandsmitsglied aus der Elternschaft anstelle des ausgeschiedenen Herrn Paul Schiller nahm man Kenntnis.

2. Von dem Berichte über die Verbandsversammlung des Landespersonenverbandes Sachsischer Gemeinden nahm man Kenntnis.

3. Von einem Rundschreiben des Gemeindeversicherungsverbandes Leipzig wurde Kenntnis genommen.

4. Davon, daß die Schulgemeinde einen entsprechenden Anteil von der Reichseinkommensteuer überwiesen erhält, wurde Kenntnis genommen.

5. Von einem Beschuß des Vorstandes des Sächsischen Gemeindelages über Verlegung von Tagungen der Lehrerschaft in die Ferien nahm man Kenntnis.

6. Von der Verfügung der Amtshauptmannschaft, Wohlfahrtsamt über Bildung eines Pflegeausschusses nahm man Kenntnis.

7. Zu Prüfern der Rechnung über die Schulkasse auf das Jahr 1919 wurden die Herren Schimpf und Misskewitz gewählt.

8. Dem Kirchenvorstand soll auf seine Mitteilung wegen Verdüsterung des Kantoralehngroundstückes mitgeteilt werden,

doch der Schulvorstand bei der Besetzung der Kantorstelle durch einen an der hiesigen Schule tätigen Lehrer nicht hinderlich sein wird, wenn der Schulgemeinde das Kantoralehngroundstück für 40 000 Mk. überlassen wird.

9. Das Gesuch des Herrn Stadtmusikdirektors Blohm um Errichtung einer Musikhochschule wurde bedingungswise genehmigt.

10. Der Vertragsentwurf und die Dienstanweisung des anzustellenden Schularztes wurden genehmigt. Für den Fall der Genehmigung des Vertrags und der Dienstanweisung durch das Bezirkschulamt wurde Herr Dr. Sperling als Schularzt vom 1. April 1921 ab gewählt.

11. Von dem Bericht über die Versammlung wegen Gründung der Einkaufsgenossenschaft für Vern- und Lehmkilie nahm man Kenntnis. Bis auf weiteres sieht der Schulvorstand von dem Beitritt zur Genossenschaft ab.

12. Die Lehrerschaft soll erneut werden, zu dem eingereichten Vorschlage eines Stellvertreters des Schulleiters mindestens noch einen weiteren Lehrer vorzuschlagen.

13. Die Besoldung der Nadelarbeitslehrerin wurde anderweitig geregelt.

14. Das Gesuch der Lehrerschaft um nachträgliche Bewilligung der Reisekosten für einen Abgeordneten zum Lehrerschaftstag wurde der Folgen wegen abgelehnt.

15. Der durchgehende Unterricht soll im Einverständnis der Lehrerschaft mit Beginn des neuen Schuljahres abgeschafft, dafür der Unterricht auch auf die Nachmittage ausgedehnt werden.

16. Von der Gründung eines Gemeindeverbandes mit den umliegenden Ortschaften zur gemeinsamen Durchführung des Mädchen- und Knabenfortbildungsschulunterrichts soll vorläufig abgesehen werden. Man will die Sache zunächst allein durchführen.

17. Der Antrag der Lehrerschaft, den Bau der Schule abzulehnen, wurde vorlegt.

18. Von einer Eingabe der Elternschaft wegen Erhöhung des Beitrags zur Beschaffung von Lehrmittel für Kinder minderbemittelten Eltern, nahm man Kenntnis und beschloß, über die Sache bei der nächsten Haushaltsplandiskussion Entschließung zu fassen.

Schulvorstand Naunhof, am 1. Februar 1921.

Vereinsbank Naunhof in Naunhof

Kredit-Gewährung.

Diskontierung und Einziehung von Wechseln und Scheinen, Schein- und Giro-Verkehr.

Ausbewahrung und Verwaltung von Wertpapieren.

Bemerkung: 44. Geldstück: 9–1 Uhr. Postcheckkonto: Leipzig Nr. 10783.

Und der Preis?

Man hat sich in Deutschland, trotz aller auf diesem Gebiete bereits gesammelten traurigen Erfahrungen, durch den Gang der Pariser Verhandlungen wieder einmal überraschen lassen. Einmal wohl, weil die vollkommene Unnachgiebigkeit der französischen Willkürforderungen, die nun schon seit Jahren immer und immer wieder an unser Ohr schlugen, nirgends mehr recht ernst genommen wurden; dann aber auch, weil man in der persönlichen Teilnahme des britischen Ministerpräsidenten an der Konferenz eine, wenn auch schwache, so doch im entscheidenden Augenblick immerhin ausreichende Bürgschaft gegen den Sieg gallischer Wahn- und Nachegelüste erblicken zu dürfen glaubte. Und die Engländer haben es auch diesmal wieder vor trefflich verstanden, diese Hoffnung bewußt zu schüren. Ihrer entschiedenen Abwehr gegen Briand und Doumer war es zu danken, daß die Verhandlungen sich äußerst schwierig gestalteten, bis sie schließlich an der ungeduldigen Empörung Lloyd Georges zu scheitern drohten. Da kam über Nacht die Umstaltung. Was bis dahin den Zorn des Gewaltigen aus London entfesselt hatte, sandt, nach geringfügiger und völlig nichträsondernden Unfristung, plötzlich seine begeisterte Zustimmung, und im Handumdrehen war der Welt unterzeichnet, der einer Kriegserklärung, ja mehr noch: einer Kriegseröffnung gegen einen durch den sogenannten Friedensvertrag von Versailles völlig entkräfteten und entwaffneten Gegner so ähnlich steht wie ein Eis dem andern. Seine Väter beglückwünschten sich vor aller Öffentlichkeit, schüttelten sich begeistert die Hände und verabschiedeten sich fröhlich nach getaner Arbeit — während das deutsche Volk, verläubt von dem furchtbaren Schlag, der es abermals getroffen hat, den Atem anhält in dem Bangen, aber untrüglichen Gefühl, daß selbst der Vertrag von Versailles hier noch um ein Erstklassiges übertrifft. Gibt es eine Erklärung für diesen ungeheuerlichen Vorgang?

Die ihn suchen, finden keine andere Möglichkeit, als daß in den Stundenlangen Unterredungen zwischen Lloyd George und Briand, die Tag für Tag neben den offiziellen Verhandlungen eingingen, der Franzose dem Engländer schließlich einen Preis zugestanden haben muß, der diesem die völlige Preisgabe Deutschlands an die Pariser Ausbeutungs- und Unterwerfungskomitee wert zu sein scheint. Wozu hat man denn die öffentlich so und so oft verbammte Geheimdiplomatie „unter Brüdern“ wohlweislich beibehalten, wenn nicht um hinter den Kulissen diejenigen Ge-

schäfte abschließen zu können, die, wenn sie auf frei sichtbarer Bühne verhandelt werden sollten, niemals zustande kommen würden? Ist es die Türkei mit dem nahen Orient, die hier das Handelsobjekt bildete, oder ist es die amerikanische Frage, über die man sich ganz im stillen geeinigt hat? Hat Frankreich für den Fall zu künftiger Verwicklungen zwischen den beiden „Brütern“, die zusammen die angelsächsische Rasse ausmachen, sich für England verpflichtet, trotzdem es ausschließlich der entzündenden militärischen Hilfe von jenseits des Großen Wassers seine Rettung aus höchster Lebensgefahr zu verdanken hat? Soll über alle sentimental Empfindungen, auch über alle Erwägungen des eigenen Zukunftswohls der brennende Wunsch nach einem Augenblicksverlust gesiegelt haben, weil Briands Ministertage sonst unweigerlich gezeigt hätten, was die neue Gefahr, die der britischen See- und Welttherrschaft in der seit dem großen Siege mächtig emporgeschossenen nordamerikanischen Republik herauwächst, sich ihren Wirtschafts- und vor allem ihren Flottenimperialismus sich gewaltig ausbreiten und hat aus der Geschichte genügend gelernt, um vorauszusehen, wohin schließlich solche Entwicklungen zu führen pflegen. Ein blauer Mann aber baut vor. Ghe Frankreich von Washington her vor die entscheidende Schwefelfrage gestellt werden kann, welche Partei es zu nehmen gedenkt, wenn abermals um Leben oder Sterben der Völker die eisernen Würfel ins Rollen kommen sollten, ließ sich ihm von London der Pistole auf die Brust sehen, da ja Herr Wilson aus Europa glücklich herausmanövriert worden ist. Und ehe sein Nachfolger am 4. März ins Weiße Haus einzieht, mußte dieses britisch-französische „Geschäft“ unter allen Umständen noch rasch in Ordnung gebracht werden. Was dazu jetzt noch fehlt, soll in den letzten Februartagen in London, unter Zugabe von deutschen Bevollmächtigten, ergänzt werden — dann kann Herr Harding sehen, wo er bleibt. Lloyd George jedenfalls kann dann unglaublich schlafen als je zuvor.

Ob dies der innere, der geheime Zusammenhang des ungemein „bestridigenden“ Ausgangs der Pariser Konferenz ist? Heute läßt es sich nur vermuten. Gewißheit wird man erst erlangen, wenn die englisch-amerikanischen Beziehungen anfangen ähnlich zu bekommen mit denjenigen, die diefeis und jenseits des Atlantikos zwei Jahre lang so „freundschaftlich“ so ungemein „verwandtschaftlich“ gepflegt wurden, bis über alle Flottenverständigungsbemühungen hinweg der Zusammenstoß da war. Dann wird es für Frankreich ein Erwachen geben, und das französische Volk wird dann zu entscheiden haben, ob es heute von Briand gut oder schlecht geführt worden ist.

„Einfach erdrostet!“

Worunter unserem parlamentarischen Mitarbeiter.

CR. Berlin, 1. Februar, nachmittags.

Während an anderen Tagen um diese Nachmittagsstunde schon lange der hartrückige Ruf der elektrischen Klingeln der Reichstagsabgeordneten an ihre Plätze gerufen hat, während dann in bestiger Rede und Gegenrede Rechts und Links einander halbe und ganze Minuten an den Kopf zu werfen pflegen, liegt heute der große Sitzungssaal noch in völliger Ungeistertheit da, die Bänke gähnen und auf der Richterhockertribüne fliegt kein Bleistift über das Papier.

Aber sind somit das Herz und der Mittelpunkt des Reichstagsgebäudes vorläufig noch leer, so braust es in den Gängen, Wandelhallen, Fraktionszimmern um so heiterhafter. Die ungeheuerlichen Forderungen aus Paris scheinen auch den letzten Funken der oft belasteten Gleichgültigkeit aus unseren Reichstagsabgeordneten vertrieben zu haben. In ihren Räumen beraten die Parteien seit dem frühen Morgen, auf den weiten Gängen haben sich überall Gruppen gebildet, aus allen Gesichtern springt die Freude: Was wird die Reichsregierung tun, was wird Simon sagen?

Beim Vortragen der Nachmittagsstunden scheint allmählich eine gewisse Parole durchzudringen. Mit ziemlicher Bestimmtheit verlautet von Stellen, die es wissen können, die Regierung werde dem allgemeinen Gefühl, dieses Anstreben sei unausführbar, beitreten. Der Minister des Auswärtigen Dr. Simon wird dann in der heutigen Sitzung des Reichstages die Erklärung abgeben, die Forderungen für die Wiedergründung seien für Deutschland unmöglich zu erfüllen. Würde Deutschland sie annehmen, so würden wir einfacher erdrostet. Wir würden solche Forderungen nur mit dem Bewußtsein unterschreiben, daß wir sie nicht ausführen könnten. Dr. Simon wird auch auf die aus parlamentarischen Kreisen fließende Tatsache zurückkommen, wie gefährlich es wäre, die 12% prächtige Abgabe auf unsere Warenausfuhr anzunehmen. Das deutsche Wirtschaftsleben wäre einfacher in den 42 Jahren vernichtet.

Hinter diesen Ausführungen Dr. Simons' lauern natürlich wie Spinnengespenster sofort weitere Fragen. Wozu wird sich der Reichstag entschließen, wie werden sich die Parteien stellen, wird es zu den bitter notwendigen Einheitsfragen, zu dem seit gestern so viel besprochenen Konzentrationsministerium kommen?

Die Deutsche Volkspartei soll bereits ihre Fähigkeit nach beiden Richtungen aufgestellt haben, um alle bürgerlichen Fraktionen und mindestens die Mehrheitssozialdemokratie in die Bildung einzubeziehen, die den ehemaligen Abschöpfungen des deutschen Volkes gegenüber dem in Paris mit Englands Hilfe losgelassenen Drachen der französischen Fab- und Nachgier verhindern soll. Die Mehrheitssozialdemokratie soll in der grundfäßlichen Beurteilung der Lage den bürgerlichen Partien ganz nahestehen; jedoch wagen sich in ihren Reihen auch starke Bedenken vor, deren Überwindung noch nicht sicher ist.

Andererseits erscheint nicht ausgeschlossen, daß die jetzige Regierung einstweilen unverändert auf dem Posten bleibt — mit dem Außenminister Dr. Simons, von dessen Rücktritt man sprach — und versuchen wird, einen Weg zu bahnen zu einer vernünftigen Erkennung näherstehenden Ereignisse in dem zurzeit anscheinend gang von den Delirien eines Hoch und Poincaré ergriffenen Entsetzlers.

Und wie werden Herrn Simons' Erklärungen drüber wirken? Wird Lloyd George fröhlich — er ist ja so gern fröhlich — nach Paris telegraphieren: „Beide Wünsche zum Vormarsch ins Ruhegebiet!“ Nachdem der Wahnsinn, der sich in Paris ausstobte, wirklich den Ausdruck macht, als das Werk ernster Männer angesehen zu werden, darf man auf alles gesetzt sein.

Die Erklärungen der Regierung.

Berlin, 1. Februar, abends.

Die Sitzung wurde vom Präsidenten Doebe eröffnet. Die Tribünen waren schon lange vorher überfüllt. Die Abgeordneten dagegen, die bis zum Beginn der Sitzung Fraktionsberatungen abgehalten hatten, erschienen erst nach und nach. Von Männern waren zugegen der Reichskanzler, der Vizekanzler, der Reichsminister des Auswärtigen, der Reichsfinanzminister und der Reichsminister des Innern und verschiedene andere Reichsminister.

Reichsminister Dr. Simons:

Der Minister betonte zuerst die Überraschung, die durch die heutigen Vorschläge unserer Gegner herverursacht worden ist. Raum hatte man sich darüber verständigt, daß die Seidenbücher Vorschläge als Grundlage für die Verhandlungen gemacht werden sollten, da kommen die Pariser Besprechungen, mit denen die Seidenbücher Vorschläge vollständig über den Haufen geworfen werden.

Minister Dr. Simons erklärte weiter, daß er zuerst den Gang der Verhandlungen schildern wolle, alsdann sich über den Inhalt der Roten auslassen werde und zuletzt die Stellung der Reichsregierung darlegen werde. Dr. Simons ging hierbei auf die Konferenzen von Spa und Boulogne ein und ging dann zu den jüngsten Verhandlungen über.

Es handelt sich um Entscheidungen. Gestagt werden wie nicht. Das hindert aber nicht, daß wir darüber sprechen. Ich vermiss jedes Wort für das, was wir schon geleistet haben.

Stimmen der Auslandspresse.

Berichtigendes Urteil für die Entente.

Die gesamte Auslandspresse beschäftsigt sich naturgemäß eingehend mit dem unglaublichen Ergebnis, das die Pariser Konferenz gezeigt hat. Das Urteil ist fast einmütig ablehnend, und die Kritik bewegt sich in sehr drastischen Ausdrücken, was ja auch nicht weiter verwunderlich ist, da die ganze Welt direkt oder indirekt an dem Vorgang interessiert ist. Nachstehend lassen wir einige Proben folgen:

„Dei Billionen Papiermark.“

Die „Basler Nachrichten“ schreiben: Das Ergebnis der Pariser Konferenz ist sehr traurig. Die Zeitung rechnet aus, daß die 42 Jahreszahlungen im Gesamtbetrag von 226 Millarden Goldmark heute 222 Milliarden Franc oder 2.164.000.000.000. d. h. mehr als 3 Billionen Papiermark betragen. Um diesen Betrag zu bezahlen, müßten je 20 Deutsche vom Säugling bis zum Greis während der kommenden 42 Jahre eine Million Papiermark ausdringen. Zum Schluß ihres Artikels fragen die „Basler Nachrichten“, was die Beschlüsse der Entente in Amerika für eine Wirkung haben, was man dort dazu sagen würde, daß die Entente das Recht in Anspruch nimmt, die deutschen Fälsche beliebig zu erhöhen, also auch gegen einen deutsch-amerikanischen Handelsvertrag zu sein, und was man in Amerika weiter dazu sagen würde, daß alle deutschen Kreditoperationen, also auch deutsche mit Wallstreet, von der Genehmigung der Entente abhängig werden sollen, daß also der ganze Handel und Verkehr zwischen Deutschland und Amerika unter Londoner und Pariser Kontrolle gestellt wird.

„Algierische Sklavenverträge.“

Der die Politik Goliaths eintrig vertretende römische „Tribus“ berichtet das Ergebnis der Pariser Konferenz mit bewunderndem Schärfe. Das Blatt sagt, die Summe der Entschädigung sei so phantastisch hoch, daß man zweifeln müsse, ob diejenigen, die sie festhielten, ernstlich glaubten, sie von Deutschland erlangen zu können, das vollkommen erschöpft und so sehr aller Hilfsquellen beraubt sei, daß es den Siegern die Meißtungswürdigkeit auf den Tarif gewähren müsse und vom Verlust wichtiger Gebiete wie Oberschlesien bedroht sei. Es sei unmöglich, von Deutschland auch nur mögliche Zahlungen zu verlangen, solange die Besiegung des Rheinlandes seine Hilfsquellen erschöpft. Deutschlands Verpflichtung von Lieferungen der Handelsmonopole nennt das Blatt schlimmer als die algerischen Sklavenverträge.

Verbrecherischer Wahnsinn.

Der Londoner „Daily Herald“ spricht von einem verbrecherischen Wahnsinn, der die französischen Politiker ergreift haben. Die Verbündeten könnten zwölf Billionen Entschädigungsschäfer verlangen, das Ruhrbezirk besiegen, nach Berlin marschieren und alle Arten von wichtigen Handlungen begehen. Doch wird die zwölf Billionen, die er verlangt, in seinem Falle erhalten, da es nicht in der Macht Deutschlands liege, diese Summe aufzubringen.

Unmöglichkeiten.

Der „Manchester Guardian“ schreibt, die Pariser Beschlüsse über die Wiederherstellung werden niemals zur Ausführung gelangen. Eine große Nation für ein halbes Jahrhundert in Nachschlag zu halten, sei ein Verbrechen gegen die Zivilisation, das sich nur mit dem Verbrechen des Krieges vergleichen lasse. Ferner erschien im „Manchester Guardian“ ein Artikel von J. M. Keynes, worin dieser sagt, die Premierminister hätten in Paris über ganz sinnlose Variationen des Unmöglichen verhandelt. Die Pariser Beschlüsse könnten nicht ernst genommen werden.

„Armes Deutschland.“

Im „Marin“ triumphiert Poincaré unter der Überschrift „Armes Deutschland“ in einem von der ganzen Geschäftigkeit dieses ersten Besuchsorts erzählten Artikel über die Entschädigungsfrage. Bei dieser Gelegenheit willst er den deutschen Journalisten in Paris eins aus, indem er sagt, diese Leute verschulden nichts vom Geiste Frankreichs und von seinen Angelegenheiten. Dennoch arbeiteten sie mit verträglicher Unbedenklichkeit und Schwerfälligkeit. Deutschland ginge es im Vergleich mit seinen Taten noch viel zu gut.

Die Antwort ist sehr einfach!

Die „Basler Nationalzeitung“ fragt: Wie kann der Sieg Griechs verwirklicht werden? Die Antwort ist sehr einfach. Im Wirklichkeit kann niemand mehr geben als er hat, aber der einzelne oder ein Volk kann nicht arbeiten, wenn es von seiner Arbeit nichts zu erwarten hat. Die Wirklichkeit bestätigt ferner, daß Frankreich eine Normandiestraße übernommen hat, für die seine Kraft nicht ausreicht und daß die deutschen Verpflichtungen nur durch einen zahlungsfähigen Bürgen erfüllt werden können.

Besonders interessant ist, was die Londoner offizielle „Westminster Gazette“ schreibt. Sie führt aus, die Politiker hätten wahrscheinlich nur an die Gegenwart gedacht und seien der Ansicht: Nach uns die Sintflut! Der Pariser Berichterstatter der „Westminster Gazette“ schreibt, die auf den Bericht der Sachverständigen gegründete britische Ansicht auf der Konferenz sei dahin gegangen, daß wesentliche Reparationen nur geleistet werden können, wenn der Außenhandel Deutschlands entwickelt wird und Deutschland seine Waren abgenommen werden. Die jetzt beschlossenen Entschädigungen läßt jedoch dazu in einem vollkommenen Widerspruch. In den amtlichen britischen Kreisen habe man vollständig Rechenschaft darüber abgelegt, daß es schwierig sein werde, die deutsche Ausfuhr auch nur zwei Jahre zu kontrollieren, da die Frage dabei auftreten müsse, welche Rolle die Neutralen und welche Rolle Amerika dabei spielen werde. Britische Kreise verschlossen sich auch keineswegs der Möglichkeit der Gefahr andauernder Streitigkeiten über die Reparationsfrage und seien durchaus der Ansicht, daß mit den jeweiligen Beschlüssen die Frage nicht erledigt ist, selbst nicht zwischen Frankreich und England. Je mehr man den Pariser Reparationsplan betrachte, um so mehr sei man davon überzeugt, daß er nicht nur ganz schlecht ist, sondern daß er auch von denen, die ihn ausgearbeitet haben, und deren wirkliche Ansichten darüber kein Geheimnis sind, für schlecht gehalten werde.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

70 Milliarden ungedeckte Ausgaben.

Im Reichsrat machte ein Regierungsvorsteher Ausführungen über den Haushalt des Reiches nach Einbringung einer Reihe von Ergänzungsetats. Es geht daraus hervor, daß die Summe der ungedeckten Ausgaben des Reiches für das Rechnungsjahr 1920 auf rund 70 Milliarden angewachsen ist. Wie die Reichsverwaltung eines solchen Fehlbetrages hier verbergen will, dafür fehlt jeder Anhalt, besonders angesichts der von mir verlangten jährlichen Zahlungen zur Ausführung des Friedensvertrages.

Der Arbeitsplan des Reichstages.

Die Beratungen des Reichstages würden mit Rücksicht auf die Debatten über die Reparationsnote wahrscheinlich noch nicht am 4. Februar abgeschlossen werden, sondern noch einige Tage länger dauern. Die Etatsdebatte soll wenigstens bis zu einem gewissen Grade vor den Wahlen abgeschlossen werden, auch die oberscholische Interpellation, das Wehrgebet und einige andere Vorfälle, darunter das Wehrsteuergesetz, sollen noch vor den Wahlen verabschiedet werden.

Bayern und der republikanische Schuhbund.

Durch Verfügung des Staatskommissars in Bayern wurden Versammlungen des republikanischen Schuhbundes, der Ende vorigen Jahres in München gebildet worden ist, verboten. Die Münchener Polizeidirektion hat in den Wohnungen des ersten Vorsitzenden des Bundes, Hauptmann a. D. Schüninger, und des Generalsekretärs Schnitz Haussuchungen abgehalten. Gegen beide wird Anzeige wegen Vergehens gegen die Verordnung des Reichspräsidenten vom 3. Mai 1920 (Bildung verbreiter militärischer Verbände) erstattet. Zur Begründung der Maßnahme wird gestellt gemacht: „Der republikanische Schuhbund betreibe unter dem Vorwand des Schutzes der Weimarer Verfassung die Bildung einer Kampforganisation.“

Frankreich.

X Aufdeckung eines Moskauer Geheimbundes. Die französische Polizei hat eine vollständige Organisation der ausländischen Kommunisten in Frankreich aufgedeckt, die nicht nur politische Propaganda treibt, sondern auch falsche Pässe ausstellt. Die Hauptperson der Organisation ist ein gewisser Lewissi, der in einem der größten Hotels in Paris verhaftet wurde. Er war es, der Clara Zetkin zu dem französischen Sozialistenkongress in Tours begleitete. Man hat seitdem seine Handlungen überall überwachen lassen, wartete aber mit seiner Verhaftung, bis man die ganze Organisation sowohl in Paris als auch in der Provinz kannte. Es handen zahlreiche Verhaftungen statt. Eine große Menge Dokumente wurde bei den Haussuchungen gefunden, ebenso eine vollständige Geheimdruckerei entdeckt. Augenblicklich werden Untersuchungen bei einer Reihe von Banken angestellt, um herauszufinden, wo das Geld der Organisation verborgen ist und woher es stammt.

Die große Steuerschröpfung.

Erbliche Nachzahlungen.

Die Veranlagungen zur Reichseinkommensteuer für das Jahr 1920 werden den Rentnern seitens der Finanzämter im laufenden Quartal zugeben, und zwar die Veranlagungen für Gewerbetreibende und freie Berufe auf Grund der jetzt eingereichten Umsatzsteuererklärungen und die Nachveranlagung für die Besoldeten auf Grund der Steuerkarten und der vom Arbeitgeber einzureichenden Lohnlisten. Es sind mithin für alle Stände noch Steuern für 1920 zu zahlen, am meisten von den freien Berufen, die Steuern für das Jahr 1920 (Umsatz, Einkommen, Gewerbesteuern) im ganzen zu zahlen haben. Daneben werden für 1921 bereits Zahlungen angenommen, damit das Aufsummen der Beträge unterbleibt. Die Finanzämter rechnen mit zahlreichen Stundungsanträgen. In vielen Fällen wird die Nachzahlung der Steuern mit großen Schwierigkeiten verknüpft sein.

Kohlenüberschüß in Europa.

Allein in Deutschland ist Mangel.

Wie verlautet, hat bei Berliner amtlichen Stellen Nachrichten über die Erneuerung des Spa-Abkommen mit der Entente über Kohlenlieferungen nicht eingetroffen. Die Verhandlungen sollen in Paris von Staatssekretär Bergmann geführt werden. In der Konferenz der Ministerpräsidenten ist die Kohlenfrage nicht behandelt worden. Die Lage auf dem europäischen Kohlenmarkt hat sich, mit Ausnahme des deutschen Marktes, wesentlich verbessert. Bei den Ländern, die bisher unter einer starken Kohlennot

gestanden haben, wie Holland, Schweiz, Skandinavien und Frankreich, ist heute von Kohlemangel keine Rede mehr; diese Länder sind auf Monatshinweis versorgt. Die überreichliche Versorgung dieser Länder durch ein Defizit der großen Preisabfälle für amerikanische Kohle zeigt, die in der Versorgung Europas im vorigen Jahre eine komplette Wiederholung und noch vor 2 bis 3 Monaten 28 bis 30 Dollar kostete. Heute steht der Preis auf 10 Dollar. Der Preis für englische Kohle ist heute 40 Schilling Hamburg. Die wirtschaftlichen Folgen dieser Kohlenversorgung machen sich in England bereits bemerkbar. Die Preise fallen dauernd. Und trotzdem soll Deutschland seine Kohlenlieferungen an die Entente noch erhöhen!

Der Fall von den Kerhoffs.

Erklärungen des Reichsfinanzministers.

Im Hauptausschuß des Reichstages wurde der Fall des Abgeordneten von den Kerhoffs besprochen, dem bekanntlich Steuerhinterziehung vorgeworfen wurde, dessen Strafverfolgung die Staatsanwaltschaft aber abgelehnt hat.

Im Verlauf der Debatte machten die deutschnationalen Abgeordneten Dr. Helfferich und Schulz-Bromberg dem Minister den Vorwurf, daß er sich zu dem Fall von den Kerhoffs stets in dunklen Andeutungen ergebe, ohne sich klar auszubilden. Nachdem auch noch von anderen Seiten dringend weitere Auklärung verlangt worden war, erklärte Reichsfinanzminister Dr. Wirth unter großer Verabschiedung die Immunität nicht ausgehoben hatte, daß der Antrag bei allen Partien, daß der Abgeordnete von den Kerhoffs, nachdem der Reichstag auch in dem schwedenden Verfahren die Immunität nicht aufgehoben hätte, von einem amtlich versiegelten Geldschatz die Siegel eigenmächtig geöffnet habe.

Abg. Schulz-Bromberg (Deutschland) erwiderte darauf, daß der Abgeordnete von den Kerhoffs, der nicht nur sein eigenes Vermögen, sondern auch fremde Werte zu verwahren habe, wahrscheinlich dringend Geschäftsbüro für das Inhalt des Inhaber zu dem Inhalt des Schrankes kommen müssen, und daß er sich, nachdem der Reichstag seine Immunität bestätigt hatte, für besugt gehalten hätte, die amtlichen Siegel eigenmächtig lösen zu können.

Die linken Partien widerprachen entschieden dieser Annahme, weil der Abgeordnete von den Kerhoffs auch nach der Bestätigung seiner Immunität keinesfalls berechtigt sein könne, einen zur Auflösung des Sachverhalts amlich versiegelten Geldschatz eigenmächtig zu öffnen. Es wurde hierauf von einer weiteren Debatte abgesehen und der Reichsfinanzminister von allen Parteien gebeten, sobald wie möglich die Akten prüfen zu lassen und dem Hauptausschuß über die Angelegenheit von den Kerhoffs volle Auklärung zu geben.

Der deutschationale Abg. Dr. Wiembeck kam noch einmal auf die Abgeordnete von den Kerhoffs, der nicht nur sein eigenes Vermögen, sondern auch fremde Werte zu verwahren habe, wahrscheinlich dringend Geschäftsbüro für das Inhalt des Schrankes kommen müssen, und wie er sich, nachdem der Reichstag seine Immunität bestätigt hatte, für besugt gehalten hätte, die amtlichen Siegel eigenmächtig lösen zu können.

Die linken Partien widerprachen entschieden dieser Annahme, weil der Abgeordnete von den Kerhoffs auch nach der Bestätigung seiner Immunität keinesfalls berechtigt sein könne, einen zur Auflösung des Sachverhalts amlich versiegelten Geldschatz eigenmächtig zu öffnen. Es wurde hierauf von einer weiteren Debatte abgesehen und der Reichsfinanzminister von allen Parteien gebeten, sobald wie möglich die Akten prüfen zu lassen und dem Hauptausschuß über die Angelegenheit von den Kerhoffs volle Auklärung zu geben.

Der deutschationale Abg. Dr. Wiembeck kam noch einmal auf die Abgeordnete von den Kerhoffs, der nicht nur sein eigenes Vermögen, sondern auch fremde Werte zu verwahren habe, wahrscheinlich dringend Geschäftsbüro für das Inhalt des Schrankes kommen müssen, und wie er sich, nachdem der Reichstag seine Immunität bestätigt hatte, für besugt gehalten hätte, die amtlichen Siegel eigenmächtig lösen zu können.

Die linken Partien widerprachen entschieden dieser Annahme, weil der Abgeordnete von den Kerhoffs auch nach der Bestätigung seiner Immunität keinesfalls berechtigt sein könne, einen zur Auflösung des Sachverhalts amlich versiegelten Geldschatz eigenmächtig zu öffnen. Es wurde hierauf von einer weiteren Debatte abgesehen und der Reichsfinanzminister von allen Parteien gebeten, sobald wie möglich die Akten prüfen zu lassen und dem Hauptausschuß über die Angelegenheit von den Kerhoffs volle Auklärung zu geben.

Die linken Partien widerprachen entschieden dieser Annahme, weil der Abgeordnete von den Kerhoffs auch nach der Bestätigung seiner Immunität keinesfalls berechtigt sein könne, einen zur Auflösung des Sachverhalts amlich versiegelten Geldschatz eigenmächtig zu öffnen. Es wurde hierauf von einer weiteren Debatte abgesehen und der Reichsfinanzminister von allen Parteien gebeten, sobald wie möglich die Akten prüfen zu lassen und dem Hauptausschuß über die Angelegenheit von den Kerhoffs volle Auklärung zu geben.

Die linken Partien widerprachen entschieden dieser Annahme, weil der Abgeordnete von den Kerhoffs auch nach der Bestätigung seiner Immunität keinesfalls berechtigt sein könne, einen zur Auflösung des Sachverhalts amlich versiegelten Geldschatz eigenmächtig zu öffnen. Es wurde hierauf von einer weiteren Debatte abgesehen und der Reichsfinanzminister von allen Parteien gebeten, sobald wie möglich die Akten prüfen zu lassen und dem Hauptausschuß über die Angelegenheit von den Kerhoffs volle Auklärung zu geben.

Die linken Partien widerprachen entschieden dieser Annahme, weil der Abgeordnete von den Kerhoffs auch nach der Bestätigung seiner Immunität keinesfalls berechtigt sein könne, einen zur Auflösung des Sachverhalts amlich versiegelten Geldschatz eigenmächtig zu öffnen. Es wurde hierauf von einer weiteren Debatte abgesehen und der Reichsfinanzminister von allen Parteien gebeten, sobald wie möglich die Akten prüfen zu lassen und dem Hauptausschuß über die Angelegenheit von den Kerhoffs volle Auklärung zu geben.

Die linken Partien widerprachen entschieden dieser Annahme, weil der Abgeordnete von den Kerhoffs auch nach der Bestätigung seiner Immunität keinesfalls berechtigt sein könne, einen zur Auflösung des Sachverhalts amlich versiegelten Geldschatz eigenmächtig zu öffnen. Es wurde hierauf von einer weiteren Debatte abgesehen und der Reichsfinanzminister von allen Parteien gebeten, sobald wie möglich die Akten prüfen zu lassen und dem Hauptausschuß über die Angelegenheit von den Kerhoffs volle Auklärung zu geben.

Die linken Partien widerprachen entschieden dieser Annahme, weil der Abgeordnete von den Kerhoffs auch nach der Bestätigung seiner Immunität keinesfalls berechtigt sein könne, einen zur Auflösung des Sachverhalts amlich versiegelten Geldschatz eigenmächtig zu öffnen. Es wurde hierauf von einer weiteren Debatte abgesehen und der Reichsfinanzminister von allen Parteien gebeten, sobald wie möglich die Akten prüfen zu lassen und dem Hauptausschuß über die Angelegenheit von den Kerhoffs volle Auklärung zu geben.

Die linken Partien widerprachen entschieden dieser Annahme, weil der Abgeordnete von den Kerhoffs auch nach der Bestätigung seiner Immunität keinesfalls berechtigt sein könne, einen zur Auflösung des Sachverhalts amlich versiegelten Geldschatz eigenmächtig zu öffnen. Es wurde hierauf von einer weiteren Debatte abgesehen und der Reichsfinanzminister von allen Parteien gebeten, sobald wie möglich die Akten prüfen zu lassen und dem Hauptausschuß über die Angelegenheit von den Kerhoffs volle Auklärung zu geben.

Die linken Partien widerprachen entschieden dieser Annahme, weil der Abgeordnete von den Kerhoffs auch nach der Bestätigung seiner Immunität keinesfalls berechtigt sein könne, einen zur Auflösung des Sachverhalts amlich versiegelten Geldschatz eigenmächtig zu öffnen. Es wurde hierauf von einer weiteren Debatte abgesehen und der Reichsfinanzminister von allen Parteien gebeten, sobald wie möglich die Akten prüfen zu lassen und dem Hauptausschuß über die Angelegenheit von den Kerhoffs volle Auklärung zu geben.

Die linken Partien widerprachen entschieden dieser Annahme, weil der Abgeordnete von den Kerhoffs auch nach der Bestätigung seiner Immunität keinesfalls berechtigt sein könne, einen zur Auflösung des Sachverhalts amlich versiegelten Geldschatz eigenmächtig zu

selbst der britische Beamte die Verschiedenheit der beiden Knöpfen als Rätsel bezeichneten mußte.

Unter dem Verdacht des Landesvertrags. Wie aus Stuttgart gemeldet wird, versuchten in Rottweil verschiedene Personen ein Fabrikationsgeheimnis der Rottweiler Pulverfabrik ins Ausland zu verlaufen. Gegen die Verräte ist Haftbefehl ergangen. Die Akten sind in dem Oberreichsanwalt übergeben worden. Es sollen in dieser Angelegenheit Verhaftungen in Stuttgart-Besigheim, am Bodensee und in Frankfurt a. M. vorgenommen werden. Den Landesverrätern waren angeblich 12 bis 15 Millionen Mark für das Fabrikationsgeheimnis angeboten worden.

Die amerikanischen Milchläuse sollen in den aller-nächsten Tagen mit dem Dampfer "West Arrow" in Bremen eintreffen. Es sind zunächst 742 Stück. Sie sollen auf Berlin, dem rheinisch-westfälischen Industriebezirk Sachsen, Oberschlesien, Saarbrücken und Waldenburg verteilt werden. 50 Kühe gehen nach Wien. Mit einem größeren Dampfer folgt ein großer Posten Kraftfutter für das Vieh.

Unterschlagungen in einer Irrenanstalt. In der Landesirrenanstalt in Blankenhain ist man riesenhafte Unterschlagungen auf die Spur gekommen. An der Spitze des Beträger steht seit 30 Jahren im Dienst beständige Oberärztin Schachschabel. Wie in einem Warenhaus tummeln sich die veruntreuten Gegenstände auf. Trotz der Wohnungsnot gelang es der Beträgerin ohne Wissen des Mietleigentümers zahlreiche Zimmer zu mieten, um ihr Viehsgut unterzubringen. Aus den Dienstwohnungen wurden die Waren wagentweise nach der Sammelstelle in die Heilanstalt gebracht. Die Schachschabel und eine

andere Wärterin haben versucht, sich mit Sublimat zu vergiften. Die Oberärztin konnte verhaftet werden, während die Wärterin an den Folgen der Vergiftung denselbigen niedergestiegen.

Ostanerhebungen. Nach Mitteilungen aus Helsingfors zufolge wurde der ganze südliche Teil von Finnland von einem Orkan heimgesucht. Ein großer amerikanischer Dampfer, der von Baltimore nach Helsingfors unterwegs war, stieß in der Nähe von Hangö auf Grund und wurde gesunken.

Zwei Seeleichter gestrandet. Wie man aus Memel erfährt, sind die beiden Seeleichter "Aurora" und "Anastasia" bei Stolpmünde gestrandet. Die Leichter waren mit einer Holzladung von Memel nach Apennina und Rydeberg bestimmt. Über das Schicksal der Mannschaft ist nichts bekannt.

Ein italienisches Torpedoboot verbrannt. Eine Besatzung aus Baltimore berichtet, daß das italienische Torpedoboot "Rettuno", das mit der Bestimmung nach Brindisi fuhr, umwelt Port Arthur auf offenem Meer verbrannt ist. Keiner meldet hierzu, daß mehrere Menschen das Leben verloren.

Ein Napoleon-Gedenktag. Die französischen Nationalisten bereiteten eine große imperialistische Kundgebung vor zur Erinnerung an den am 5. Mai 1821 in englischer Gefangenschaft verstorbenen Kaiser Napoleon Bonaparte. Der Präsident der Republik, Herr Millerand, hat den Organisationsausschuß dieser bonapartistischen Erinnerungsfeier empfangen und den angebotenen Ehrenvorstand angenommen.

Welt- und Volkswirtschaft.

* Weite Auslandsmehl auf Karte. Auf Anordnung des Reichsnährungsministers kommen ab 16. Februar d. J. statt wie bisher 600 Gramm — 800 Gramm aus Auslandsgetreide im Inlande hergestelltes Meinenmehl pro Kopf und Monat neben der Brotsorte zur Verteilung. Der Kostpreis für Kommunalausweise beträgt 7,50 Mark, entsprechend den günstigeren Einfuhs- und Devisenpreisen. Dazu treten die Zuschläge für den Kleinhandel.

* Amerika und der Wiederausbau Europas. Aus New York wird gemeldet, daß der englötige Schritt zur Bildung einer Außenhandels-Konzernföderation zur Unterstützung beim Wiederausbau Europas durch das formelle Angebot von Aktien an das Publikum erfolgt ist. 30.000 Banken in ganz Amerika nahmen die Verteilung der Prospekte an Fabrikanten und Finanziers in die Hand. Der andere Teil des Planes umfaßt die Verleihung von Kreuzen an das Ausland in Höhe von insgesamt 250 Millionen Pfund Sterling.

London. (Der Fischereistreit in England.) Bewegte Szenen spielen sich in Grimsby ab, wo die Fischer die allgemeine geforderte Erhöhung des Lohnes erzwingen wollen. Arbeitswillige Fischer, die in Autos nach dem Hafen fahren, wurden angegriffen. Ihr Gepäck wurde ins Meer geworfen. Hunderttausend Fischern, die mit nichtorganisierten Fischern bemannet waren, gelang es, durch die aufgestellten Posten hindurchzufahren und in See zu gehen.

Richtersachen.

Dom. Elsterthal. Naunhof. Vorm. 11 Uhr: Gotikdienst. — Abendmahl. — Rosalia für kath. Jugendpflege.

— Hochzeit: Robert Götz, Druck und Verlag Götz & Sohn in Naunhof.

(Albrechtsbuch)
Dieses B

Erfol
für den
durch
Gewal
helmen

Nummer

In der Woche
bereitigte

auf den Abschnitt
Grimma,
Der B

Sta

für
uebungsschule
Landwirtschaft

Justiz

Die Schul
schule in drei
wenigstens drei
und Fachbildung
der Landwirt
mit Schulzeugni
straße 34, II (G
vorm. 11—12)

Die nächs
Dienstag, den 8.
in der neuen Sc

Naunhof,

Der Bezirk
erhebt vom 1.
und vom 1. W
Gebühr von 50
Naunhof,

Dic

Aber die
Schlösser gibt sic
schwungen hin, in
Frankreich und
Spanien, sich über
schaft soll erden
nur, daß man,
selbst, die Henz
legen lassen wi
bei der vorgese
ein etwas elige
an sich sind ja,
men, wirtschaft
man ist bisher
solchen Ausnah
das Ausland u
familiest. Beisp
Kasse. Bei di
ihres Bestehens
wielten, daß sie
mehrte. Beim
sein, daß die A
schäßlich werden
von Ermäßigung
ist auch die Au
recht bezeichnen
so lange unan
tümliche Weise

Und nun ü
solchen Beisp
hätten. Von

sönnige, gibt es
deutsche einstma

Annektion des
aber liegt gerad
stimmung zu d
Elfass kann

wenn ihr einzige
von einem voll
deshalb die De
Gruben übergr
französischen „C
Übergewinn zu
übrigen erzeugt
scharfes Werk
aufnehmen muß
durch benachteil
nur verhältnism

Die Ausfuhrpr
doch allen Erf
Mit anderen W
Taschen bestim
die deutsche Int
Achtel zu erhöht
mehr als je be
flossen! Der A
Umständen aus
um den Förder
Tatsache, an der
zu erwarten den
wieder eintreten

Beachten Sie meinen Räumungs-Ausverkauf

die staunend billigen Preise bieten Ihnen die größten Vorteile!

Naunhof HERMANN REIFEGERSTE Naunhof.

Voranzeige!

Goldner Stern, Naunhof

!! Neue Bewirtschaftung !!

Sonntag, den 6. Februar von 4 Uhr an

große öffentl. Ballmusik.

Musik von der Stadtkapelle Naunhof.

Anstich von ff. Sternburg-Bockbier.

Für gute Käse ist gesorgt.

Es lädt freundlich ein Richard Zschiesche.

Lichtspiele Naunhof!

Nur 3 Tage!

Der Tod von Phaleria!

Abenteuer-Film in 5 Akten
mit Erich-Kaiser-Titz.

Dazu: Mit 300 PS. zum Standesamt!

Filmburleske in 2 Akten mit Thea Steinbrecher.
Zum totlachen.

Extra-Einlage.

Die Chinesentruppe!

Beginn 6.30 Uhr. Sonntag 3 Uhr. Letzes Programm geg. 8 Uhr.

Gesprochene Dichtungen, Lieder, rhythmisches-plastisch-Tänze

(Neues Programm)

Sonnabend, den 5. Februar 7½ Uhr
im Saale des Schützenhauses zu Grimma.

Nosef von Fiellitz. — Marie Schlesinger u. Schülerinnen v. Agathe Schlesinger

(Methode Hellerau).

Am Flügel: Grete Gregor.

Vorverkauf b. Fa. Koch a. Markt 6.60, 4.40, 2.20 Mk. inkl. Steuer.
Der Saal ist geheizt.

Der Zug 10½ ab Grimma ob. Bahnhof ist bestimmt zu erreichen.

Achtung

Zahle sehr hohe Tagespreise
für
Kupfer, Knochen
Eisen, Metall

Weinflaschen, Papier
Zeitungskug. noch 1 M.

Schlütt, Gartenstr. 5.
Auf Wunsch Abholung. Be
stellung. erh. an Herrn Tinus.

Sind Sie schon Leser unseres Buch-Romans?

Möbel

größte Auswahl
solid u. preiswert

Riedel & Höhme
Leipzig, Katharinen-
Straße 19, I.

Nährmittel

Häserkakaom. Zucker
Schweizermilch
Suppenpräparate
Fleischgelehrte Ochsen
Dosen 1.—, 1.70 und 3.20
Häserflocken (Hohenlohe)

Stärkungsmittel

Portwein
Malaga
Tarragona
Muscateller
Bordeaux-rot u.
Weißweine
Cognac :: Rum
Cherry brandy
echt Aromatische
Danziger Goldwasser
nur erstklassig u. preiswert bei

Tel. 98 Otto Tag Tel. 98

Besitenkarten

empfohlen
Buchdruckerei Günz & Eule.

Größerer, leerer Raum gesucht!

Angedote unter "A. U." sind in
der Exped. d. Bl. abzugeben.

5 Wochen alte echte

Zwergdackel
zu verkaufen.
Lindhardt, Kurhausstr. 13 b.

Dienstag geg. Abend. Nähe Markt

Haarpfeil verloren.

Geg. Belohnung abzugeb.
Langestraße 4 part.
Bahnpoststr. 181.

Turnverein Naunhof

D. Sonnab.
Uhr findet
5.2.1921
im Rats-
abends 8
heller die

Monatsversammlung

statt. Zahlr. Erscheinen erwünscht
D. B.

Freie Turnerschaft Naunhof

Sonnabend
den 5. Februar
Versamml.
im Restaurant
zur Herberge.
D. Erscheinen
aller Mitglieder, auch der alten
Herrn, ist dringend erwünscht.

D. B.

Kaninchenzucht-Verein

Naunhof u. Umg.

Sonnabend

Versammlung.

Pünktliches Erscheinen aller Mit
glieder notwendig. Frauen herzgl.
willkommen. Der Vorstand.

Geflügel- u. Kaninchen-Züchter-Verein

Naunhof u. Umgeb.
Sonnabend, den 5. dieses Mon.
abends 8 Uhr im Stern

Versammlung.

Unmeidelschluß s. d. Ausstellung.
7 Uhr Komiteestellung. Um voll
zähliges Erscheinen der Mit
glieder wird gebeten. D. V.

Schlenderhonig eingetroffen

Kurt Wendler.

Kührentisch

zu verkaufen. Zu erfragen
in der Expedition d. Blattes.

35-40000 Mk.

gegen mehrl. Sicherheit evtl. als
Hypothek zu leihen gefucht. Ge
Offerten unter V. B. 4237 an
Rudolf Wesse, Leipzig.

15000 Mark erste Hypothek

auf dies. Hausgrundstück gefucht.
Geöfft. erh. V. P. 50 Exped. d. Bl.

Weißer tragende Ziege

zu verkaufen
Bahnpoststr. 181.

Welt- und Volkswirtschaft.

* Weite Auslandsmehl auf Karte. Auf Anordnung des Reichsnährungsministers kommen ab 16. Februar d. J. statt wie bisher 600 Gramm — 800 Gramm aus Auslandsgetreide im Inlande hergestelltes Meinenmehl pro Kopf und Monat neben der Brotsorte zur Verteilung. Der Kostpreis für Kommunalausweise beträgt 7,50 Mark, entsprechend den günstigeren Einfuhs- und Devisenpreisen. Dazu treten die Zuschläge für den Kleinhandel.

* Amerika und der Wiederausbau Europas. Aus New York wird gemeldet, daß der englötige Schritt zur Bildung einer Außenhandels-Konzernföderation zur Unterstützung beim Wiederausbau Europas durch das formelle Angebot von Aktien an das Publikum erfolgt ist. 30.000 Banken in ganz Amerika nahmen die Verteilung der Prospekte an Fabrikanten und Finanziers in die Hand. Der andere Teil des Planes umfaßt die Verleihung von Kreuzen an das Ausland in Höhe von insgesamt 250 Millionen Pfund Sterling.

London. (Der Fischereistreit in England.) Bewegte Szenen spielen sich in Grimsby ab, wo die Fischer die allgemeine geforderte Erhöhung des Lohnes erzwingen wollen. Arbeitswillige Fischer, die in Autos nach dem Hafen fahren, wurden angegriffen. Ihr Gepäck wurde ins Meer geworfen. Hunderttausend Fischern, die mit nichtorganisierten Fischern bemannet waren, gelang es, durch die aufgestellten Posten hindurchzufahren und in See zu gehen.

Richtersachen.

Dom. Elsterthal. Naunhof. Vorm. 11 Uhr: Gotikdienst. — Abendmahl. — Rosalia für kath. Jugendpflege.

— Hochzeit: Robert Götz, Druck und Verlag Götz & Sohn in Naunhof.

— Hochzeit: Robert Götz, Druck und Verlag Götz & Sohn in Naunhof.</